

Wer würde den Job sonst machen?

Arbeit Lucian schuftet auf dem Bau, Samim ist LKW-Fahrer, Petar putzt Schlachthof-Maschinen – sie alle wissen, die Deutschland Migranten ausbeutet

von Sascha Lübbe

Zum Beispiel Lucian*. Ein kräftiger Typ, 42 Jahre alt, kurzes schwarzes Haar, braune Augen, die Stimme leicht beugt. Er spricht Deutsch mit starkem rumänischen Akzent.

An einem Sonntag im Oktober sitzt er in einem Kiosk im Frankfurter Westen. Es ist sein erster freier Tag diese Woche, sagt er, morgen muss er wieder auf dem Bau ran.

Lucian zündet sich eine Zigarette an. Er kommt aus dem Osten Rumäniens. Schiffbauer hat er gelernt, arbeitete zehn Jahre in einer Werft. Dann verlor er seinen Job, machte sich als Maurer selbstständig. Vor vier Jahren kam er nach Deutschland.

Auf sieben Baustellen habe er hier gearbeitet, sagt er. Immer war irgendwas. Mal meldete ihn der Chef bei der Krankenkasse ab. Da man in Deutschland Krankenversicherungspflichtig ist, musste Lucian die Beträge nachzahlen. Mal strich der Chef das Urlaubsgeld ein, das Lucian wie allen Arbeitern von der Sozialkasse Bau zusteht, zahlte damit seinen regulären Lohn. Als Lucian dann tatsächlich in den Urlaub ging, bekam er nichts.

Dann hatte er einen Arbeitsunfall. Lucian musste einem Kran ausweichen, fiel in ein Loch. Bänderzerrung. Der Polier habe sich geweigert, ihn zum Krankenhauss zu fahren, sagt er. Er setzte sich in einen Bus nach Rumänien, zwei Monate schrieb man ihn arbeitsunfähig. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall? Lucian lacht trocken. „Hat hier noch keiner gekriegt“.

Und dann der Alltag. Immer arbeite er länger als gesetzlich erlaubt, meist zehn Stunden am Tag, samstags mindestens fünf. Immer bekommt er nur einen Teil des Lohns auf sein Konto eingezahlt, den Rest schwarz. Abschneidungen und Stundenzettel, die er einem zeigt, belegen das. Allen ausländischen Arbeitern, die er in Deutschland kenne, gehe es so, sagt Lucian.

20 Jahre EU-Osterweiterung

Die deutsche Wirtschaft hat ein schmutziges Fundament, über das kaum jemand spricht. Viel wird über den Fachkräftemangel diskutiert, über fehlende Lehrer oder Informatiker. Doch es gibt einen Bereich, in dem der Bedarf noch stärker wächst: Menschen, die Zementsäcke schleppen, Schweine zerlegen, Essen ausfahren. Jobs, die kaum jemand machen will. Es sind häufig Migranten, die diese Arbeiten übernehmen. Ihre Zahl wächst: Arbeiteten 2014 noch 590.000 vollzeitbeschäftigte Ausländer im unteren Einkommensbereich, waren es 2022 bereits 1.110.000.

Im Fundament zeigt sich auch die hässliche Seite der EU-Osterweiterung, wenn man so will. Sie feiert im Mai 20-jähriges Jubiläum. Gemeinhin gilt sie als wirtschaftlicher Erfolg, Migranten aus Osteuropa haben die deutsche Wirtschaft angekurbelt, die Zahl der Leistungsempfänger ist unter ihnen nicht höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Viele von ihnen haben gute Jobs. Es gibt aber auch viele, die unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten, für Niedriglöhne, gefangen in Abhängigkeitsverhältnissen, bei denen die Unterkunft an der Arbeit hängt. Sie werden ausbeutet. Und das mit System. Ein System, das sich in vielen Bereichen der Arbeitswelt findet.

Gerhard Bosch ist emeritierter Professor am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen. Er hat ein Buch über die Bauwirtschaft geschrieben. „Baufirmen waren schon immer auf Spezialisten angewiesen“, sagt Bosch. Auf Maurer, Zimmerer, Elektriker. Für einzelne Unternehmen war es schwer, all diese Spezialisten zu beschäftigen. Dagegen hilft, was Bosch „kooperatives Outsourcing“ nennt. Dabeeraber steht das kostengetriebene Outsourcing, bei dem es nur um „Lohnsenkungen zur Gewinnmaximierung“ geht. Besonders letzteres habe in den vergangenen Jahren zugenommen, sagt Bosch.

Die Auslagerung der Arbeiten an kleinere Firmen bedeutet für die Generalunterneh-

men nicht nur eine Kostenersparnis. Sie erlaubt es ihnen auch ein Stück weit, sich der Verantwortung zu entziehen. Die Generalunternehmen, oft renommierte Branchenriesen, haften zwar laut Gesetz dafür, dass Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden, der Mindestlohn bezahlt wird. In der Praxis aber gibt es Wege, das zu umgehen. Subunternehmen lassen ihre ausländischen Arbeiter Papiere unterschreiben, auf denen steht, dass sie den Mindestlohn zahlen. Verfasst sind die Dokumente auf Deutsch, nicht jeder versteht, was auf ihnen steht. Die Generalunternehmen würden sich von ihrer Verantwortung „freikaufen“, sagt Bosch. Das meist mit dem Wissen aller Beteiligten. Bosch spricht von einem „kriminellen Randbereich“. „Man weiß, dass es ihn gibt und er nicht in Ordnung ist. Aber er wird geduldet.“

In Polen etwa fehlen jetzt auch Fachkräfte, deutsche Firmen setzen also auf Zentralasien

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht davon aus, dass bis zu 40 Prozent des Bauvolumens im Baugewerbe schwarz erbracht werden. Doch die Bauwirtschaft ist nicht die einzige Branche, ähnliche Probleme gibt es in der Paketsparte und anderen migrantisch geprägten Branchen. Man kann sich das System wie eine Pyramide vorstellen. Mit den Generalunternehmen an der Spitze, den Subunternehmen in der Mitte, Männern wie Lucian ganz unten. Fragt man nach den Verantwortlichen in diesem System, verweist jeder auf das Glied über sich. Arbeiter auf Subunternehmen, Subunternehmen auf Generalunternehmen, die wieder auf den Staat. Die Ausschreibungsmodalitäten der öffentlichen Hand seien das Problem, heißt es dann. Die Vorgabe, dass es möglichst billig zu sein habe.

In einer Branche galten die Arbeitsbedingungen lange als besonders extrem: in der Fleischwirtschaft. Viel wurde über die Ausbeutung ausländischer Arbeiter berichtet: über 16-Stunden-Schichten, über Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich zu zweit ein Bett teilen – kommt der eine heim, geht der andere zur Arbeit. Dabei sollte damit 2021 Schluss sein. Corona-Ausbrüche in großen Schlachthöfen hatten die Arbeits- und Lebensbedingungen dort ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz wollte Minister Hubertus Heil (SPD) das System der Werkverträge be- kämpfen. Das Gesetz verbietet es Firmen mit über 49 Beschäftigten, im Kerngeschäft Fremdpersonal zu beschäftigen.

Das Gesetz gilt heute weitestgehend als Erfolg. Im Februar attestierte eine Evaluatio- n der Branche „bessere Arbeitsbedingun- gen“ und „besseren Arbeitsschutz“. Die ehemaligen Werkvertragsarbeiter wurden von den großen Firmen übernommen. Einerseits.

Andererseits gibt es Sozialarbeiter und Aktivistin, die sagen, die Wohnsituation mancher migrantischer Arbeiter habe sich nicht gebessert. Auch heute noch arbeiten in Schlachthöfen Menschen, die zehn Stun- den am Band stehen, in mit Schimmel be- fallenen Wohnungen leben. Und das Ge- setz hat einen blinden Fleck: Es gilt für die Schlachten und Verarbeiteten des Fleisches. Nicht für andere Arbeiten, die in einem Schlachthof anfallen. Es schützt damit auch die nicht, die sie ausführen.

Zum Beispiel Petar*. Der Kroate sitzt am Küchentisch seiner Arbeiterunterkunft in einer Kleinstadt in NRW. Es ist zwölf Uhr mittags, er ist gerade aufgestanden.

Im Schatten des Wohlstands Schwarzarbeit, Lohndumping, Ausbeutung: Die deutsche Wirtschaft hat ein schmutziges Fundament



Sie tauchen im DAX nicht auf, aber die deutsche Wirtschaft würde ohne sie sofort zusammenbrechen: Bauarbeiter (oben rechts), Beschäftigte in der Fleischindustrie (unten links) und LKW-Fahrer (oben links) – oft unterbezahlt, oft aus dem Ausland, oft ausgebeutet

„Wir sind keine Menschen dritter Klasse“

Protokoll Mariana* ist 72, stammt aus Bulgarien und musste vor Gericht erstreiten, dass sie für ihre Arbeit als Altenpflegerin in Deutschland auch bezahlt wird

Ich lebe inzwischen wieder in meiner Heimat Bulgarien, in Nessebar, einer Kleinstadt am Schwarzen Meer. Von einer monatlichen Rente von umge- rechnet 260 Euro. Zieht man alle Kosten ab, bleibt da nicht viel übrig. Wir wohnen zu viert in einer Zweizimmerwohnung. Ich, zwei erwachsene Enkel, ein Urenkel. Meine Tochter arbeitet in Deutschland; wenn sie nach Hause kommt, lebt auch sie bei uns.

Von 2013 bis 2016 habe ich selbst in Deutschland gearbeitet, als Rund-um- die-Uhr-Betreuerin für ältere Menschen. Die meisten Frauen, die das machen, kommen aus Osteuropa. Es war keine einfache Zeit. Aber ich sah damals keine andere Wahl.

Ursprünglich komme ich aus dem Tourismusbereich. Ich habe ein Hotel geleitet, für ein großes staatliches Unter- nehmen. Als 1989 die Wende kam, wurde es privatisiert. Der neue Inhaber brach- te eigenes Personal mit. Ich wurde arbeits- los. Ich übernahm einen Nebenjob als Wachschutz an einer Schule.

Dann erkrankte mein Mann an Parkin- son. Ich habe ihn gepflegt und kam im- mer seltener zum Arbeiten. In dieser Zeit häuften sich die Rechnungen für Me- dikamente und Krankenhausaufenthalte. 2013 starb mein Mann. Und ich hatte Schulden.

In der Zeitung las ich ein Inserat; ge- sucht wurden osteuropäische Betreuer- nen für Senioren in Deutschland. Ich

bekam den Job. Angestellt war ich bei einer bulgarischen Firma. Auftragne- her war eine deutsche Vermittlungsagen- tur. Ich arbeitete in Koblenz, dann in der Nähe von Bonn, ab 2014 in Berlin.

Ich habe dort eine 92-jährige Frau in ihrer Wohnung betreut. Eine intelligente Frau, sie hat mir viele Tipps fürs Leben gegeben. Aber sie war auch rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen. Ich habe sie gewaschen, angezogen, ins Bett gebracht. Ich habe geputzt und für sie eingekauft. Gelebt habe ich in einem Zimmer in der Wohnung der Frau. Die Tür musste im- mer offen stehen. Manchmal, wenn ich gerade eingeschlafen war, wurde ich gleich wieder wach, weil die Frau zur Toi- lette musste. Ich durfte das Haus immer nur kurz für Besorgungen verlassen. Ich war sehr einsam.

In meinem Vertrag war eine Arbeitszeit von 30 Stunden festgelegt. Tatsächlich musste ich der Frau rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Für 1.562 Euro, doch Abzüge blieben mir 950 Euro.

Irgendwann konnte ich nicht mehr. Ich bat die Familie der Frau um mehr Zeit für mich. Sie lehnten ab. Dann wandte ich mich an die bulgarische Firma, auch die wies mich ab. Also ging ich zu einer Be- ratungsstelle für ausländische Beschäftig- te. Die Tochter einer bulgarischen Freun- din hatte mir das empfohlen.

Mit Unterstützung der Beratungsstelle forderte ich Ruhezeiten und bezahlten Urlaub von meinen Chefs. Ich weiß, dass nur wenige Menschen in meiner Situati-



FOTOS: ANDREAS BAUMHÖRNER/REUTERS; PATRICK ESSEK/LINKS



FOTO: HORST ETHEMER/FAKULTÄT FÜR SOZIAL- UND HUMANWISSENSCHAFTEN



Jochen Oltmer (geboren 1965) ist Professor am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Uni Osnabrück. Er hat viele Bücher zu Migration verfasst, zuletzt *Die Grenzen der EU. Europäische Integration, „Schengen“ und die Kontrolle der Migration*

der Freitag: Herr Oltmer, seit wann gibt es Migration nach Deutschland?

Jochen Oltmer: Räumliche Mobilität zum Arbeitserwerb hat es auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands immer gegeben, meist beschränkt auf kleine und mittlere Distanzen. Transportmittel waren teuer. Menschen, die für Arbeit ihre Heimat verlassen mussten, waren deshalb lange Zeit meist zu Fuß unterwegs. Eine der ersten großen Migrationsbewegungen war die der Hugenotten im 17. Jahrhundert. Protestanten, die in ihrer Heimat, dem mehrheitlich katholischen Frankreich, verfolgt wurden und nach Preußen flohen. Was waren das für Menschen? Viele spezialisierte Handwerker, Kaufleute, Offiziere. In Preußen arbeiteten sie häufig im gerade ent- stehenden Luxussegment. Sie fertigten Handschuhe und Hüte, webten Seide, bauten Möbel. Dabei hatten sie vor allem mit der ge- sellschaftlichen Elite zu tun, in der man Französisch sprach.

Viele Hugenotten waren „Fach- kräfte“, würde man heute wohl sagen. Ihre Integration wurde wohl deshalb lange als ent- sprechend problemlos angesehen. Das stimmt. Aber es gab auch Kon- flikte. Die Hugenotten waren von der Steuer befreit, sie erhiel-

„Arbeitsmigration hat es immer schon gegeben“

Im Gespräch Jochen Oltmer erforscht die Geschichte der Arbeitsmigration nach Deutschland: von den Hugenotten bis heute

Diese Sätze klingt wie aus dem Heute: „Leutenot auf dem Lande macht sich immer mehr bemerkbar, es wächst die Schwierigkeit einheimische Ar- beiter zu beschaffen; dagegen nimmt die Nachfrage nach Wanderarbei- tern hauptsächlich nach Auslän- dern immer mehr zu.“

Es herrschen Missstände in Bezug auf Behandlung und auf die Unterbringung der Arbeiter, auf ihre Schlaf- und Wohnräume. Es werden vielfach auch die allerpri- mitivsten Vorschriften und Schutz- massregeln in sittlicher und hygie- nischer Beziehung außer Acht ge- lassen. (...) Der Gesetzgeber nimmt gegenüber den vom Auslande ein- wandernden Arbeitern eine Ab- wehrhaltung ein, sucht das heimat- liche Interesse zu schützen und die Einwanderung als einen nur zu Zeit nötigen Ersatz der Arbeitskräf- te zu dulden.“

Diese Sätze sind rund 100 Jahre alt, sie stammen aus der Dissertati- on „Ausländische Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft“ aus dem Jahr 1914. Der Autor And- reas Mytkowicz beschreibt darin die Arbeits- und Lebenssituation polnischsprachiger Menschen, die zum Arbeiten auf Felder nach Deutschland gekommen sind – um das Fehlen einheimischer Arbeits- kräfte zu kompensieren. Die Paralle- le zu heute ist offensichtlich. Schon damals übernahmen Aus- länder Arbeiten, für die sich in Deutschland nicht genügend Men- schen fanden. Schon damals lebten sie unter teils prekären, ausbeuteri- schen Bedingungen. Ein Gespräch mit dem Historiker Jochen Oltmer über die Geschichte der deutschen Arbeitsmigration.

ten Bauland und günstige Kredite. Diese Privilegierung wurde auch kritisch gesehen. Im 19. Jahrhundert verlagerte sich der Fokus Richtung Osten. Es kamen vor allem polnisch- sprachige Menschen.

Zum einen die sogenannten Ruhr- gebieten Oberschlesiens, aber auch aus Ost- und Westpreußen, die wegen der höheren Löhne in die Bergbauereviere des Ruhrgebiets zogen. Zum anderen polnischsprachige Menschen aus dem Ausland, aus Russland und Österreich-Un- garn, die jeweils zur Erntezeit nach Deutschland kamen. Sie stießen hier auf erheblichen Widerstand, vor allem seitens der politischen Elite.

Warum? Man fürchtete, sie könnten die po- lische Mindertheit im Land zu sehr erstarren lassen. Für die polnisch- sprachigen Landarbeiterinnen und Landarbeiter galt daher auch ein Rückkehrzwang. Nach der Ernte mussten sie das Land wieder verlassen. Für andere Gruppen gab es diese Auflagen nicht. Etwa für Italiener und Niederländer, die zur selben Zeit in deutschen Ziegelei- en, im Tief- und Bergbau und in der Industrie arbeiteten.

Was in der Diskussion um Migration häufig untergeht: Deutschland, beziehungsweise das Gebiet, das 1871 zum Deut- schen Reich wurde, war eine Zeit lang selbst Auswanderungsland, vor allem im 19. Jahrhundert. Die deutsche Bevölkerung war im 19. Jahrhundert enorm gewachsen, hatte sich fast verdreifacht, das stand in keinem Verhältnis zu den Erwerbsmöglichkeiten. Über sechs Millionen Menschen wande- ren damals über den Atlantik aus, 90 Prozent in die USA, wo sie eine Zeit lang die größte Einwanderer- gruppe stellten. Die Entwicklung endete mit der amerikanischen Wirtschaftskrise von 1893, für die USA eine bedeutende Zäsur. In Deutschland hatte sich die Situa- tion inzwischen verändert: Die Industrie war gewachsen, die Landwirtschaft wurde moderni- siert. Es fehlten nun Arbeitskräfte. Deutschland wurde vom Aus- zum Einwanderungsland. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs arbeiteten 1,2 Millionen Menschen aus dem Ausland in Deutschland. Eine der bedeutendsten Migrati- onphasen in Deutschland be- gann 1955 mit dem Anwerbeab- kommen mit Italien. Weitere Abkommen mit anderen Ländern folgten. Eine Ausnahme? Deutschland war nicht das erste oder einzige industrialisierte Land Europas, das diese Art Vereinba- rung schloss. Mitte der 1950er hat- ten fast alle europäischen Indus- trienationen Abkommen mit den südlichen Staaten ausgehandelt. Italien etwa hatte vor dem Abkom- men mit Deutschland schon an- dere Vereinbarungen mit anderen Staaten getroffen. 14 Millionen Menschen kamen bis zum sogenannten Anwerbestop 1973 nach Deutschland. Im Ge- gensatz zu heutigen Arbeitsmi- granten waren die sogenannten Gastarbeiter in Deutschland da- mals fast auch bei Großunter- nehmen angestellt, viele arbeite-

ten anfangs noch mit deutschen Kollegen. Und doch war es schwer, in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Sprachkurse gab es nicht, die Arbeiter waren zu- nächst in separaten Baracken untergebracht. Warum?

Weil man davon ausging, dass ihr Aufenthalt begrenzt war. Das gilt für die Entsendeländer. Die hoff- ten, die Menschen würden mit neuem Know-how zurückkehren und die heimische Wirtschaft ankurbeln. Spätestens Ende der 1960er Jahre aber wurde klar: Die Menschen blieben in Deutsch- land. Sie hatten ihre soziale Be- ziehungen aufgebaut, während die wirtschaftlichen Perspektiven in der Heimat nicht besser wurden. Wie wurde das in der deutschen Gesellschaft aufgenommen? Man hatte nicht erstmah über die Bleibeperspektive dieser Men- schen nachgedacht. Jetzt aber wa- ren sie da und schienen vor al- lem Kosten zu verursachen: Man brauchte mehr Kitaplätze, mehr Schulplätze, mehr Wohnungen. Erst jetzt begann die Diskussion darüber, was die Einwanderung konkret für die deutsche Gesell- schaft bedeutet. Dabei ging es auch um deren Selbstverständnis: Die Bundesrepublik, gemeinhin als homogen wahrgenommen, war bunter geworden. Gesellschaften, die sich als homogen begreifen, nehmen Zuwanderung in der Regel als eine Bedrohung wahr. Da wird Migration mitunter zugelassen, aber es wird versucht, Niederlas- sung zu vermeiden.

Das gilt auch für die sogenannten Vertragsarbeiter in der DDR. Menschen aus sozialistischen Bruderstaaten wie Vietnam, Mosambik oder Angola. Ihr Auf- enthalt war auf fünf Jahre be- grenzt, Familie durften sie nicht nachholen, Frauen, die schwang- er wurden, mussten abtreiben oder wurden abgeschoben. Die DDR-Gesellschaft verstand sich als äußerst homogen. Die Re- gierung begegnete jedem, der nicht im Land sozialisiert worden war, mit Misstrauen. Man fürcht- e, er oder sie könnte die politische Ordnung stören. Sie sagen, der Blick der Mehr- heitsgesellschaft auf bestimmte Migrantengruppen ändere sich. Ja. In den 1950er und 1960er Jahren gab es beispielsweise lebhafteste Debatten über italienische Zuwan- derer, da ging es viel um Krimi- nalität und Sexualität. Zugleich wurde Italien ein beliebtes Reise- ziel der Deutschen. Die Migration aus anderen Ländern nahm rasch zu, neue Einwanderer wurden nun als besonders fremd wahrg- enommen. Italiener galten jetzt eher als Bereicherung. Wie war das bei der Migration aus Osteuropa? Schon vor der Osterweiterung, in den 1990er Jahren, kamen viele Menschen aus Polen zum Arbeiten nach Deutschland. Die Medien berichteten viel über sie. Meist wur- den sie als illegal und kriminell klassifiziert. Damit verbunden wa- ren starke politische Abwehrme- chanismen. Später gerieten Men- schen aus Rumänien und Bul- garien ins öffentliche Interesse. Es wurde viel über „Armutsmigra- tion“ aus beiden Ländern und eine „Einwanderung in die Sozialsys- teme 2015. Weil es ein drängen- deres Thema gab, die gestiegenen Geflüchtetenzahlen. In den Me- dien tauchten rumänische und bul- garische Arbeiter und Arbei- terinnen erst wieder im Zuge der Corona-Pandemie auf.

„Erst wegen Corona sprach man wieder über rumänische Arbeiter“

Sascha Lübbe führte das Gespräch